

Verdrossenheit "da unten"

Autor(en): **Wyser, Alfred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Oltner Neujahrsblätter**

Band (Jahr): **54 (1996)**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-659126>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verdrossenheit «da unten»

Das war wirklich keine Alltäglichkeit, als am letzten Chilbi-Wochenende auf dem Oltner Kaplaneiplatz politische Prominenz aller Parteien aus Stadt und Region unter dem Transparent «Rettet das Kantonsspital Olten» Unterschriften sammelte. Adressat der Aktion war unsere kantonale Volksvertretung. Man forderte sie zur Ablehnung einer Motion auf, mit der das Kantonsspital Olten auf die Stufe eines Bezirksspitals «zurückentwickelt» werden sollte.

Die harsche Reaktion «da unten» auf das Ansinnen des parlamentarischen Vorstosses löste «dort oben» – damit ist keineswegs die Regierung, sondern politisches Volk in der Hauptstadt und ihrem weiteren Umland gemeint – schiereres Erstaunen, wenn nicht bares Unverständnis, aus. Seit 1513, als die Oltner mit Gäuern und Gösgeren unter Scherer Ulrich Straumann, den die Obrigkeit vor Jahresfrist als Zöllner von Olten abgesetzt hatte, zu Hunderten in böser Absicht vor die Residenz zogen, war doch ihr Untertanenlos entscheidend erträglicher geworden. Sie mussten sich nicht mehr, wie damals, von geld- und machtgerigen Räten ausbeuten lassen, sondern wählten mit dem ganzen Volk die Regierung selber, manchmal gar ein beinahe reines Oltnerregiment. Und besonders schicksalsverbunden mit den Bauern, mit denen zusammen sie sich 1653 nach verlorenem Krieg harte Strafen eingehandelt hatten, fühlten sie sich, wie ihre Entscheide über einschlägige Volksvorlagen neuerdings bewiesen, auch nicht mehr. Vollends aber waren sie, die Oltner, ja schliesslich die eigentlichen Architekten dieser modernen Demokratie gewesen, die nun eben auch manchmal abstrus erscheinende Dinge wie die besagte Motion vorsah.

Indessen, war es in der Tat «nur» dieser parlamentarische Vorstoss, der den Beinahe-Aufstand auslöste? Kein Zweifel zwar, die Begehren der Motionäre hatten «Amputationen» an der Leistungsfähigkeit des Kantonsspitals zum Ziel, die den Menschen der Region unzumutbare Nachteile in der medizinischen Versorgung gebracht hätten. Dennoch mochte die spontane Reaktion wie so oft, wenn der Dampf plötzlich zischend aus dem Topf fährt, Folge einer politischen Verdrossenheit sein, die in der Region seit einiger Zeit schwelt.

Gewiss gehören solche Gefühle zu einer Art Grundbefindlichkeit von Leuten, die fern der Residenz siedeln und sich von der politischen Zentrale zu wenig beachtet oder gar geringachtet wähnen. Und Ärger über Regierungs- und Verwaltungsentscheide, bei denen Begehren einzelner, von Organisationen und nicht zuletzt von Gemeinden abgelehnt wurden, weil sie von Rechts wegen nicht gutgeheissen werden durften – solcher Ärger ist nicht ernst zu nehmen. Aber politisch Mittragende machen heute für ihre Verdrossenheit nun auch durchaus verständliche, konkrete Gründe geltend. Es leidet kaum Zweifel, dass die Gesundheitspolitik des Rathauses, und zwar jene des Parlaments mindestens so sehr wie die der Regierung, auch im untern Kantonsteil weithin nicht einzuleuchten vermochte. Man würde hier die Antwort völlig aussenstehender kompetenter Leute keineswegs scheuen, wenn man sie befragen würde, welcher der drei gewichtigen Sparvorschläge der Regierung sachlich am schlechtesten begründet war: einer von jenen für Veränderungen an den Spitälern von Breitenbach oder Grenchen, oder der für die Aufhebung des

Allerheiligenbergs. Der lautstarke Aufmarsch der Thiersteiner und Grenchner vor dem Rathaus freilich brachte die Mehrheit der Räte zum Nachgeben vor dem Druck der beiden Regionen, währenddem die Heilstätte des untern Kantonsteils vom Volk gerettet werden musste. Es erstaunt einigermaßen, dass nach den Entscheiden zugunsten von Breitenbach und Grenchen kein Motionär ein Rückkommen beantragte, wohl aber nach dem Volksentscheid für den Erhalt des Allerheiligenbergs ein Wasserämter längst beschlossene Massnahmen für das Kantonsspital rückgängig machen wollte.

Solche Vorgänge nähren politische Unzufriedenheit, weniger gegenüber der Regierung als andern Regionen. Das damalige Nein zum HTL-Standort Olten, das von den Stimmzahlen her weit weniger dem direkt interessierten, kleinen Gäu als dem stimmmächtigen obern Kantonsteil anzulasten ist, schmeckte in Olten und im Niederamt sehr, sehr bitter – und steht möglicherweise am Anfang der heutigen Verdrossenheit «da unten».

Denn nun begann man in politischen aktiven Kreisen zu überdenken, wie es denn die solothurnischen Bezirke und Regionen heute mit der Solidarität untereinander und gegenüber dem Gesamtkanton hielten. War nicht schon seit längerer Zeit bei wiederholter Gelegenheit ein Auseinanderdriften der Kantonsteile festzustellen gewesen? Unser Staatssystem hält dem aufmerksamen Beobachter für solche Entwicklungen ein aussagekräftiges Kriterium bereit: die Resultate von Volksentscheiden, bei denen besondere regionale Interessen auf dem Spiel stehen. Ist der Wille zum Staat intakt, verwirft der Souverän Vorlagen nicht ohne

weiteres aus regionalem Eigennutz. Schwindet dieser Wille, werden den Staatsteilen – oben, unten und ennet dem Berg – die Interessen der jeweils andern gleichgültig, oder man betrachtet sie gar als den eigenen abträglich. Man sagt nein zu Vorschlägen, die einem andern Kantonsteil mehr nützen als dem eigenen, oder versucht sogar, in erstaunlicher Verkennung politischer Gesamtzusammenhänge, die Axt an wesentliche infrastrukturelle Pfeiler einer Region anzulegen. Was denn wohl von der Motion auf Rückstufung des Kantonsspitals Olten zum Bezirksspital mit Fug gesagt werden darf.

Der Vorgang ist nicht nur für die betroffene Region, sondern für alle bedenklich, die den Kanton unversehrt erhalten wollen – weil es zu dieser staatlichen Struktur schlicht keine Alternative gibt. Und bedenklich ist der Fall insbesondere, wenn man anhand von Volksentscheiden auszusagen in der Lage ist, in welcher hervorstechender Weise der untere Kantonsteil und vor allem Stadt und Bezirk Olten jeweils politische Anliegen der oberen und der ennetbirgischen Bezirke unterstützen – und dafür in schmerzlichen Fällen Undank ernten.

Aus der stattlichen Reihe der Belegstücke dieser Aussage seien einige erwähnt: Die «Zittervorlage» von 1953 über den Staatsbeitrag an den Bau der Zentralbibliothek in Solothurn hat ausser den nächstgelegenen Bezirken Solothurn, Lebern und Kriegstetten nur der Bezirk Olten, die Stadt selber mit einem Stimmenverhältnis von mehr als 2:1 angenommen. Die Errichtung von Pavillons für die kantonalen Lehranstalten in Solothurn und Olten anno 1961, ein typisches Beispiel einer Vorlage, mit der regionale Eifersüchte entschärft werden, hat die Stadt Solothurn am knappsten angenommen, Lebern nur wenig besser, Olten aber wiederum im Verhältnis von 2:1. Zum äusserst knappen Ja für den Umbau der alten Kantonsschule Solothurn zum Staatsarchiv steuerte Olten im gleichen Jahr mit 54 Prozent Ja nach Solothurn das zweitbeste Resultat bei. Zusammen mit Solothurn

hat Olten fünfzehn Jahre später auch den Neubau des Staatsarchivs durch die Volksabstimmung gebracht. Für die Errichtung des regionalen Gymnasiums Laufenthal-Thierstein erreichte Olten nach Thierstein und Solothurn klar das drittbeste Resultat.

Im gleichen Jahr trauten manche ihren Augen kaum, als der Bau einer Mensa für die Kantonsschule Solothurn nicht nur gesamthaft abgelehnt wurde, sondern von den beiden allein annehmenden Bezirken Solothurn und Olten «die da unten» ein bedeutend besseres Resultat lieferten! Dankbar nahm der untere Kantonsteil indessen im gleichen Jahr die klare Zustimmung auch des oberen Kantonsteils zum Neubau des Oltner Berufsbildungszentrums zur Kenntnis.

Äusserst knapp akzeptierte das Volk 1987 den Kredit für die bauliche Sanierung der Kantonsschule Solothurn. Olten erzielte nach Solothurn das zweitbeste Ergebnis. Abstimmungspolitische Extremfälle stellten die beiden Vorlagen für das neue Berufsbildungszentrum Grenchen dar. 1982 wurde schon der Projektierungskredit nur knapp bewilligt, von Olten aber gar vor dem Standortbezirk Lebern am deutlichsten, gutgeheissen noch von Gösigen und Dorneck, verworfen indessen von allen andern. Und den Baukredit selber rettete 1986, wie Erziehungsdirektor Fritz Schneider anlässlich der Einweihung des Prachtbaus in Grenchen in aller Form feststellte, allein das überzeugende Ja von Olten. So vergalt Olten das Ja von «oben» für sein eigenes Berufsbildungszentrum!

Viele Abstimmungsergebnisse erweisen auch, dass der untere Kantonsteil weit mehr als der obere seine Regionalinteressen aus eigener Kraft durchsetzen musste. Seine Solidaritätsweste und vor allem diejenige von Stadt und Bezirk Olten gegenüber den übrigen Regionen ist fleckenrein. Das hinderte freilich andere Bezirke gelegentlich nicht, Olten recht kaltschnäuzig zu diskriminieren.

Die Abstimmungsergebnisse seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erweisen aber nicht nur bei regionalpolitisch

brisanten Fragen die besondere Solidarität namentlich von Stadt und Bezirk Olten, aber auch von Gösigen mit dem Gesamtkanton. Vor allem bildungs- und kulturpolitische Vorlagen fanden hier zumeist Ja-Mehrheiten, die in der Regel nur noch von Solothurn und neuerdings Dorneck erreicht werden. Man dürfte von daher füglich von einer Bildungsregion Solothurn-Olten-Gösigen sprechen. Das heisst aber letztlich, dass Regierung und Kantonsrat im untern Kantonsteil für ihre Politik beruhigend verlässliche Paladine haben, selbst wenn an ländlichen und städtischen Stammtischen und im Oltner «Kübel» öfter und lauter als «dort oben», aber gewiss immer frei und offen vom Appenzellerrecht Gebrauch gemacht wird.

Die wirtschaftliche Entwicklung unserer Zeit verstärkt die Bindungen über die Kantons Grenzen, und weil Solothurn im Spannungsfeld mehrerer Wirtschaftsregionen liegt, sind Kooperationen auch nach mehreren Richtungen notwendig. Sie können aber zentrifugale Tendenzen auch auf politischem und kulturellem Gebiet fördern. Solothurnische Politik darf es sich also gerade heute nicht leisten, ihren in der ganzen Schweiz anerkannten Ruf als Politik des Ausgleichs von Gegensätzen aufs Spiel zu setzen und mit unbedachten Aktionen auch den Willen zum kantonalen Zusammenhalt zu schwächen. Denn an solcher Entwicklung kann niemand ein Interesse haben, auch unsere Nachbarkantone nicht, die in uns einen verlässlichen und berechenbaren Partner brauchen. Dazu will der untere Kantonsteil ohne Zweifel auch künftig seinen politischen Beitrag leisten.

Was aber erwartet die Region Olten-Gösigen-Gäu vom Kanton? Vor allem die Einsicht der politisch Mittragenden in den andern Kantonsteilen, dass die Verdrossenheit «da unten» durchaus reale Gründe hat. Sie liegen im allzu oft feststellbaren Mangel an Solidarität unter den Regionen und der Regionen mit dem Gesamtkanton. Wenn man überdies im Rathaus zu Solothurn, will sagen in der Verwaltung, mit Ernst in sich geht, wird man

nicht seltene Gelegenheiten finden, bei denen der untere Kantonsteil besser berücksichtigt werden könnte, etwa bei Wahlen in behördliche und Expertengremien, wo man schon immer etwa wähnte, für das Rathaus ende der Kanton wie zur Zeit des Reichs Burgund an der Sigger. Und

ganz anders als in Solothurn und den alten «inneren Vogteien», wo Bürgerinnen und Bürger dem «stat», wie sie im Ancien Régime sagten, d.h. den Personen, die ihn repräsentierten, fast täglich Auge in Auge begegnen, begrüsst man zwischen Roggen und Erzbach noch mit besonderer Befriedi-

gung Regierungsmitglieder und massgebende Beamte fern des Kapitols – selbst wenn man sich dabei dann auch denkt: «He nu, schliesslich bezahlen wir «da unten» vierzig Prozent aller Steuern, die in die Staatskasse fliessen.»

Wirtschafts- und Verkehrsregion Olten

